

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Nachrichten
Verlagsnummer: 25241
Ruz für Nachdruck Nr. 20011
Schreibweise u. Druckverhältnisse:
Dresden - U. L. Marienstraße 28/32

Verlagsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 Mk. (einmalig 1,20 Mk. für
Zugabe), durch Postweg 2,40 Mk. (einmalig 1,20 Mk.). Bezugsgebühr (ohne Postzusatz) beträgt
bei 7mal wöchentlichem Versand, Verlagsnummer 10 Mk., außerhalb Dresdens 16 Mk., Anzeigen-
preis: Die einspaltige 30 mm breite Seite 35 Mk., für auswärts 40 Mk., Familienanzeigen und
Stellenangebote ohne Rabatt 15 Mk., außerhalb 20 Mk., die 90 mm breite Reklameseite 200 Mk.,
außerhalb 250 Mk., Offertengebühr 30 Mk., Anzeigen für Kautionszahlung

Dresdner-Nachrichten
Verlag: Siegel & Reichardt,
Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdner-Nachrichten) zulässig, Unterzeichner
Schreibweise werden sich aufbewahrt

Die Schrecken im Kerker von Brest-Litowisk

Korsanty schildert die Leiden der Gefangenen

Berlin, 23. Dez. (Eig. Drahtmeld.) Nach einer Meldung aus Kattowik sprach dort der Abg. Korsanty über seine Erlebnisse in dem Gefängnis von Brest-Litowisk. Korsanty führte aus, daß in Polen Mangel an Moral, Korruption, Gewalt, Terror und Sadismus herrschten. Die Gefangenen seien in Brest-Litowisk fürchterlich gemartert worden, so daß selbst Juden nach dem einzigen angänglichen katholischen Geistlichen verlangten, um sich auf den letzten Augenblick ihres Lebens vorzubereiten. Viele Verhafteten wollten, da sie die entsetzlichen Mißhandlungen und Marter nicht mehr ertragen konnten, Selbstmord begehen. Nur mit Mühe und Not hätte man sie davon abhalten können.

Als das genaue Ostobersterlehen noch zum Deutschen Reich gehörte, gab es dort keinen leidenschaftlicheren Vorkämpfer für ein freies polnisches Reich wie Korsanty. Ungeachtet konnte Korsanty in Deutschland gegen die Regierung als angebliche Unterdrückerin der polnischen Freiheit nach Verzensur loszuziehen. Nie hat man ihm ein Härchen gekrümmt. Als Deutschland der Uebermacht seiner Feinde weichen mußte, hielt Korsanty die Stunde für die Vorkriegung Ostpreußens gekommen. Die Aufständischen kämpfte in seiner engeren Heimat, die für die Entente-Kämpfer ein fait accompli schaffen sollten, waren sein Werk.

Korsanty erreichte zum größten Teil seine Pläne. Ostpreußen wurde entgegen dem Abstimmungsresultat durch einen Rechtsbruch des Völkerbundes polnisch. Aber das nun errichtete polnische Reich der Gerechtigkeit und der Freiheit scheint nicht alle Erwartungen Korsantys erfüllt zu haben. Wie seine Kerkerzeit in Brest-Litowisk beweist. Mit deutschen Gefangenen hat der „geknechtete“ Korsanty keine Bekanntschaft gemacht. Dafür hat der freie polnische Patriot in dem Lande seiner politischen Träume die Folterkammern der Tyrannei aufscheinen ausgiebig kennengelernt. Heute muß er überdies sein eigenes Volk der Untaten bezichtigen, die es nur zu oft in der letzten Zeit gegen Deutsche angewandt hat und die Korsanty in Ostpreußen selbst einführte. So ändern sich die Zeiten.

Eine Militärverchwörung in Jugoslawien?

Belgrad, 23. Dez. Die Verlauterung, sind auf dem Gebiet des Königreichs Jugoslawien 17 Offiziere, die Mitglieder einer „Geheimliga für Gerechtigkeit und Freiheit“ waren, angegriffen worden. Unter den Offizieren befinden sich mehrere hohen Ranges. Ihre Vernehmung wird von dem Ministerpräsidenten General Zivkovic selbst vorgenommen. Die Blätter melden, daß die Liga einen Aufruf verbreitet habe, der sich gegen das Regime und gegen König Alexander richtete.

Krise der ältesten Demokratie

Der Vertreter Englands in der letzten vorbereitenden Abrüstungskommission, Lord Cecil, und der englische Außenminister Henderson haben beide sehr leidenschaftliche Friedensreden gehalten. Cecil hat erklärt, daß England sein ganzes Ansehen für die Sache der Abrüstung einsetzen müsse, und Henderson meinte dritter, es gebe für Europa nur noch die Wahl zwischen Krieg und Frieden. Zusammenarbeit der europäischen Nationen sei das Gebot der Stunde, sonst würden wir eine Sintflut erleben, die alle Werte der abendländischen Zivilisation verschlingen werde. Man wird es niemandem verübeln können, wenn er diese Worte englischer Staatsmänner, deren Richtigkeit nicht bezweifelt werden kann, als nicht ganz aufrichtig empfindet. Denn sie stehen mit dem Verhalten Englands auf der Genfer Konferenz in offenem Widerspruch, auf der Lord Cecil bekanntlich in allen Fragen, die sich auf das Kriegsmaterial und die ausgebildeten Reserven bezogen, dem Standpunkte Frankreichs, als des schärfsten Gegners jeder Abrüstung, bedenkenlos zustimmte. Oder wählten vielmehr den führenden Politikern die zunehmenden Schwierigkeiten des Imperiums über den Kopf, so daß sie Ideale und Realitäten nicht mehr in Einklang zu bringen vermögen? Bei näherer Betrachtung der politischen Lage Großbritanniens scheint diese Vermutung zuzutreffen. Nicht Deutschland leidet England am schwersten unter den Folgen des Weltkrieges. Der Traum von der Verdoppelung des Reichtums jedes Briten nach der Besiegung Deutschlands hat einem jähen Erwachen Platz gemacht. Steigende Arbeitslosigkeit, verursacht durch den Verlust überseeischer Absatzgebiete, ist die unmittelbare Folge des Weltkrieges. Dazu kommt das Abbröckeln des Weltreiches, das in dem kläglichen Flakto der mit so großen Hoffnungen begonnenen Weltreichskonferenz seinen sichtbarsten Ausdruck fand. Englands letzte Hoffnung für den Zusammenhalt des Imperiums ist seine Flotte. Der Schuss der englischen Schiffskanonen ist der einzige Vorteil, den England seinen rapid selbständig gewordenen Dominions noch zu bieten hat. Daher die Genfer Taktik, nur ja nicht gegen den französischen Rüstungsstapel zu leiden, damit Frankreich nicht mit der Gegenfrage kommt: „Und wie haltet ihr es mit der Seebestückung?“

England hat mit den gleichen Sorgen wie wir zu kämpfen. Deshalb weisen seine innerpolitischen Maßnahmen auch so viele verwandte Züge auf. Die bankrotte Erwerbslosenversicherung wird mit Anleihen über Wasser gehalten, die Schulspflicht wird um ein Jahr verlängert, um einige hunderttausend Jugendliche vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, und durch Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft sucht man den Zustrom zur Stadt abzumildern. Einige Jahrzehnte vor dem Kriege hat sich England völlig auf den industriellen Export eingestellt und der Idee der billigen Lebensmittel für die Industriebevölkerung das flache Land zum Opfer gebracht. Heute versucht man, künstlich die Landwirtschaft wieder zu beleben, weil nicht einmal ein Kolonialreich wie Großbritannien mehr vom industriellen Export leben kann. Um wieviel mehr gilt dann diese Erkenntnis der arbeiterteilnehmenden englischen Regierung für Deutschland, dessen Sozialisten bekanntlich in doktrinär-freihändlerischer Verbildung eine lebhafteste Agitation gegen Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft entfalten.

Auch die parlamentarischen Schwierigkeiten sind in diesem klassischen Lande der Demokratie ähnlich wie bei uns. Zwar gibt es nur drei Parteien im Gegensatz zu den zwölf Gruppen, mit denen die deutsche parlamentarische Maschinerie belastet ist, aber die Reibungsflächen sind trotzdem so groß geworden, daß man auch in England von einer ersten Krise des demokratischen Systems spricht. Bekanntlich verfügt das arbeiterteilnehmende Kabinett MacDonald über keine Mehrheit im Parlament und ist deshalb auf die Gnade des liberalen Gruppenführers unter Lloyd George noch härter angewiesen, als das Kabinett Brüning auf die Hilfe der Sozialdemokratie. Denn in England gibt es keinen hilfreichen Artikel 48. Aber genau so wenig, wie die Sozialdemokraten Brüning gibt Lloyd George MacDonald seine Hilfe umsonst. Es ist dem schlauen Walker nun tatsächlich geglückt, von dem englischen Premierminister für die Duldung des Kabinetts die Zustimmung einer Wahlrechtsreform zu erhalten. Die englischen Liberalen verfügen zwar noch über eine stattliche Wählerschar, aber sie reicht nur in wenigen Wahlkreisen zu der für ein Mandat notwendigen Majorität. Am liebsten wäre deshalb Lloyd George das deutsche Proportionalwahlrecht gewesen. Hiergegen aber wehrt sich die Arbeiterpartei, weil damit ihre Zukunftshoffnungen, einmal die absolute Mehrheit im Parlament zu erringen, nahezu ausgeschlossen würden. Die Neuwahlen Lloyd George keinen Nutzen brächten — eine konservative absolute Mehrheit wäre ja so gut wie sicher —, mußte er sich wohl oder übel mit einer Teilreform, dem sogenannten Alternativsystem, begnügen. Danach kann jeder Wähler außer seiner Partei noch einer zweiten Partei seine Stimme für den Fall geben, daß seine Partei keine absolute Mehrheit erzielt. Würden beispielsweise in einem Wahlkreis die Konservativen 8000 Stimmen, die Arbeiterpartei 7000 Stimmen und die Liberalen 4000 Stimmen ergäben, so

Erhöhte Bereitschaft der Berliner Schupo

In Erwartung kommunistischer „Weihnachtspaziergänge“

Berlin, 23. Dez. Die Berliner Schupo ist morgen, am Weihnachtstagsabend, in erhöhter Alarmbereitschaft, weil von kommunistischer Seite aus „Weihnachtspaziergänge“ durch die Straßen geplant sind. Da für Berlin noch immer das vom Polizeipräsidenten erlassene Demonstrationsverbot besteht, wird die Schupo überall dort, wo es zu Ansammlungen oder Ausbreitungen kommen sollte, mit starken Kräften eingreifen, um Unbekanntes zu vermeiden. An allen Brennpunkten der Stadt werden Abteilungen der Polizei stationiert. Außerdem ist ein harter Streifen dienst vorgezogen, der auch an den beiden Weihnachtstagen beibehalten wird.

Kolport bedroht den Weihnachtsfrieden

Berlin, 23. Dez. (Eig. Draht.) Der Regierungspräsident von Potsdam hat durch den Polizeiverwalter von Bernau auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Landrechts und der Reichsverfassung für die Zeit vom 21. bis 26. Dezember, also während des Heiligen Abends und der Weihnachtstages, über die Stadt Bernau den Ausnahmezustand verhängt und alle öffentlichen Kundgebungen verboten lassen. Zur Durchführung dieser Maßnahmen ist ein hartes Kommando Schupo nach Bernau beordert worden, das hier während der Feiertage den Sicherheitsdienst versehen soll. Außerdem ist die Bernauer Polizei in Bereitschaft. Der Ausnahmezustand ist deswegen über Bernau verhängt worden, weil hier die Kommunisten der nördlichen Vorortbezirk Berlins große Antweihnachtsdemonstrationen vorgezogen hatten, die zur Störung der kirchlichen und Vereinsfeierlichkeiten führen sollten.

Trog des Verbots ist die Kundgebung nicht abgefangen worden.

Es werden vielmehr in der Stadt Flugblätter heftigen Inhalts verteilt. Der Nationalverband Deutscher Offiziere hat sich an den Reichskanzler Dr. Brüning mit der Bitte gewandt, sich dafür einzusetzen, daß die von kommunistischer Seite ausgehenden antikirchlichen Straßendemonstrationen, durch die schon im letzten Jahre das Weihnachtsfest verhöhnt wurde, in diesem Jahre unterbleiben.

Umzug in der Wilhelmstraße

Die Reichskanzlei im neuen Heim
Berlin, 23. Dez. Die Reichskanzlei ist jetzt in ihre neuen Räume in der Wilhelmstraße umgezogen. Unmittelbar nach Weihnachten werden im neuen Hause die Amtsgeschäfte aufgenommen werden. Im ersten Stock befinden sich die Diensträume des Reichskanzlers und der Staatssekretäre. Im diese Zimmer herum gruppieren sich die übrigen Büros. Alle Zimmer sind architektonisch einfach und sachlich gehalten mit sehr gutem Tages- und Abendlicht. Die bisherige Reichskanzlei bleibt als Wohnhaus bestehen und wird vor allem als Repräsentationshaus des Reichskabinetts Verwendung finden.

Die italienischen Flieger in Spanisch-Westafrika

Villa Cisneros (Spanisch-Westafrika), 23. Dez. Die heute früh um 8,30 Uhr (Ortszeit) in Kenitra gestarteten vierzehn italienischen Wasserflugzeuge unter Leitung Balbos sind heute nachmittags 5 Uhr (Ortszeit) hier eingetroffen.

Falschmeldung über einen angeblichen Einspruch Sachsens gegen den Fredericusfilm

Berlin, 23. Dezember. Die Boulevard-Ausgabe des sozialdemokratischen „Vorwärts“ hat, getrieben durch den Zerger über das Verbot des Remarquefilms, sich zur Verbreitung einer geschmacklosen und völlig aus der Luft gegriffenen Tendenzlüge bewegen gelassen. Das unter dem Titel „Der Abend“ erscheinende Sensationsblatt meldete, die sächsische Gesandtschaft in Berlin hätte einen Protest gegen die Aufführung des neuen Fredericusfilms „Das Föhrenkonzert von Sanssouci“ eingebracht, da dieser Bildstreifen eine Verhöhnung des sächsischen Volkstalles, eine Verächtlichmachung der sächsischen Manneigenschaften und eine Beleidigung der sächsischen Armee darstelle. Der sächsische Gesandte habe namens seiner Regierung sofortigen Abbruch der Aufführungen verlangt.

Die ganze Stillierung dieser Meldung zeigt, daß es sich hier natürlich um eine sozialdemokratische Ente handelt. Sie stellt die kleinliche Nachrede der „Vorwärts“ für die Initiative der sächsischen Regierung anlässlich des Verbots des Remarquefilms dar. Es genügt, auf eine solche „Leistung“ mit einem Wort des großen Preußenkönigs zu antworten: „Niedriger hängen!“

Die sächsische Staatskanzlei hat sofort verbreitet, daß diese Nachricht selbstverständlich jeder Grundlage entbehrt und offensichtlich den Stempel tendenziöser Erfindung trägt.

Film „1914“ verboten

Berlin, 23. Dez. (Eig. Drahtmeldung.) Die Filmprüfstelle Berlin besahe sich heute unter Vorsitz des Regierungsrates Zimmermann mit dem von der Richard-Dornwald-Filmgesellschaft hergestellten Film „1914 — Die Schiffe von Sarajewo“. Der Film geht von den Ereignissen im Frühherbst 1914 aus, als der österreichische Thronfolger in Sarajewo ermordet wurde, und sucht die Zusammenhänge zu schildern, die zum Ausbruch des Weltkrieges führten, wobei gezeitigt werden soll, daß

Deutschland nicht die Kleinschuld am Kriege

treffe. In der Filmprüfstelle sahen diesmal außer dem Vorsitzenden der Kinobesitzer Siegfried (Berlin), Rechtsanwalt Freyhan (Berlin), Barfout (Dresden) und Frau Badia. Das Auswärtige Amt hatte zu dieser Verhandlung sechs Sachverständige entsandt, die der Ansicht waren, daß die Herstellung der Schuldfrage lächerlich sei, und daß die Tendenz dieses Filmes geeignet sei, die Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten zu trüben. Die Vertreter der Dornwald-Filmgesellschaft wandten sich sehr energisch gegen diese Auffassung, wobei sie betonten, daß die Sachverständigen des Auswärtigen Amtes nicht einmal angeben hätten, welche Staaten es seien, deren Verhältnissen zu Deutschland durch die Aufführung dieses Filmes getrübt werden könnten.

Die Filmprüfstelle kam jedoch zu einem ablehnenden Beschlusse, wobei sie sich auf das Gutachten des Auswärtigen Amtes berief; der Film sei geeignet, aus den genannten Gründen das Ansehen und die Stellung Deutschlands zu schädigen. Gegen diese Entscheidung haben zwei Mitglieder der Filmprüfstelle von sich aus Beschwerde bei der Filmoberprüfstelle eingebracht, so daß diese Instanz sich abermals mit dem Verbot zu beschäftigen haben wird.